

Die NATO-Osterweiterung

Autor(en): **Roos, Gregor**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-513501>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

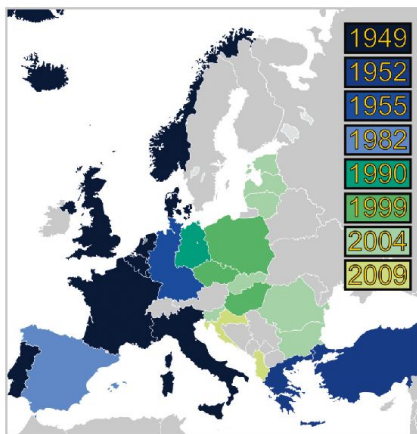
Die NATO-Osterweiterung

Nach der Wende und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie der Auflösung des Warschauer Paktes (WAPA) fand die NATO-Osterweiterung in drei Etappen statt. Ehemalige Mitgliedstaaten des WAPA und des blockfreien Jugoslawien schlossen sich der NATO an, einige Staaten sind Kandidaten für den Beitritt.

Gregor Roos

Diese Ost-Erweiterung ist für den Präsidenten Waldimir Putin aus russischer Sicht eine bittere Pille, während aus der Sicht des Westens damit nur ein logischer Akt im Rahmen der Annäherung von ehemaligen Oststaaten an den Westen erfolgt. Voraussetzung für einen NATO-Beitritt ist die Ratifizierung durch alle NATO-Mitgliedstaaten, also Einstimmigkeit.

Nach Perestroika (Umbau, Umgestaltung) und Glasnost (Offenheit, Redefreiheit, Demokratisierung) 1986 durch Michail Gorbatschow vollzog sich in der Sowjetunion eine radikale Veränderung, indem die kommunistische Vorherrschaft zusammenbrach und aus dem Vielvölkerstaat Sowjetunion 1991 die Russische Föderation als konstitutionelle Republik unter dem ersten Ministerpräsidenten Boris Jelzin hervorging. Im Rahmen des Ost-West-Konfliktes und der Wende wurde der WAPA als Vertrag über Freundschaft,



Entwicklung der NATO. Grafik: Wikipedia

Zusammenarbeit und gegenseitigem Beistand kommunistischer Ostblockstaaten 1991 unter Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow aufgelöst und das Ende des Kalten Krieges besiegelt. Viele ehemalige Oststaaten witterten Morgenluft und suchten ihre Annäherung, auch militärisch, an den Westen.

Die erste NATO-Osterweiterung vom 12. März 1999

Auf dem NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurden erste Beitrittsverhandlungen mit den ehemaligen WAPA-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn angeboten, gefolgt von anderen Oststaaten. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Die zweite NATO-Osterweiterung vom 29. März 2004

Im November 2002 lud die NATO auf ihrem Gipfel in Prag die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien zu Beitrittsverhandlungen ein. Am 29. März 2004 traten diese sieben Staaten offiziell der NATO bei.

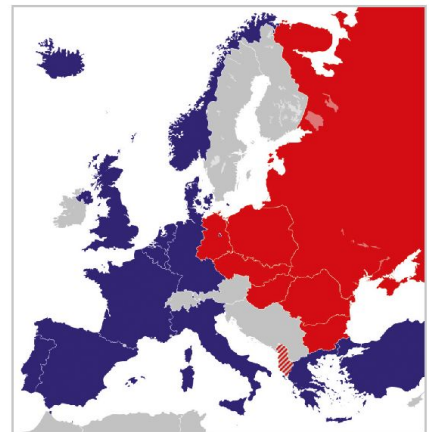
Die dritte NATO-Osterweiterung vom 1. April 2009

Beim NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 wurde der Beitritt Albaniens und Kroatiens beschlossen. Ihr Beitritt wurde für den NATO-Gipfel im April 2008 geplant. Der Beitritt wurde am NATO-Gipfel in Kehl und Strassburg von allen NATO-Mitgliedern ratifiziert und am 1. April 2009 vollzogen.

Kandidaten und Interessenten

Mazedonien und Montenegro sind ebenfalls an einem NATO-Beitritt interessiert, die nötigen Verhandlungen mit Mazedonien wurden von Griechenland wegen des Namensstreites blockiert. Beim Treffen in Brüssel am 3. Dezember 2009 erklärten die Aussenminister der 28 NATO-Staaten Montenegro zum Beitrittskandidaten. Auf dem Gipfel in Bukarest im April 2008 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten zudem, mit Bosnien-Herzegowina Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, wobei bei diesem Kandidaten

weitere Reformen zur Demokratisierung nötig seien. Die NATO stuft Serbien ebenfalls als Beitrittskandidaten ein, aber das Parlament in Belgrad verabschiedete 2007 eine Resolution über seine militärische Neutralität. Der Kosovo drängt darauf, der NATO beizutreten.



NATO und Warschauer Pakt (WAPA) 1973.

Bild: commons.wikimedia

Georgien und die Ukraine möchten mit Unterstützung der USA ebenfalls der NATO beitreten, was Russland energisch ablehnt. Seit der Krimkrise 2014 und den derzeitigen Kämpfen in der Ostukraine steht diese Region im Fokus der internationalen Politik.

NATO mit ihrer Speerspitze nach Osten

Am NATO-Gipfeltreffen in Newport/Wales am 4. und 5. September 2014 war das Verhältnis zu Russland das beherrschende Thema. Die westliche Allianz hat beschlossen, an den Grenzen zu Polen und im Baltikum zusätzliche Truppen kampfbereit zu halten und damit die früher beschlossene «rasche Eingreiftruppe» aufzustocken. Die sogenannten Zusicherungsmaßnahmen beinhalten eine regelmäßige Präsenz und militärische Aktivitäten von Luft-, Land- und Seestreitkräften im östlichen Teil des Bündnisses auf Rotati-

onsebene. Damit reagiert die NATO auf die Militärdoktrin Russlands und auf den Teilauftrag der Armee, den Streitkräfteinsatz vor allem auf lokale Kriege und bewaffnete Konflikte auszurichten. In der am 5. September verabschiedeten «Gipfelerklärung von Wales» wird in den 113 Thesen dem Ukraine Konflikt grosser Raum gegeben. Am nächsten Gipfeltreffen 2016 in Polen wird die Lagebeurteilung der NATO aufgrund neuer Bedrohungsszenarien wohl anders ausfallen. Zudem soll dann über die Eingliederung von Kandidaten und Interessierten in das Bündnis entschieden werden. Am vorerwähnten NATO-Gipfel wurde am 4. September 2014 auch eine «Gemeinsame Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission» verabschiedet, worin ausdrücklich das Recht der Ukraine auf Frieden und Ordnung und auf die Verteidigung der Bevölkerung und ihres Hoheitsgebietes betont wird.

Der Dorn im Auge Putins

Die NATO weiss, dass im Ukraine Konflikt Putin seine Gene als ehemaliger KGB-Offizier und Leiter der Hauptabteilung Auslandsespionage mit dem Einsatz von Spezialeinheiten des militärischen Nachrichtendienstes ausspielt, im Sinne der asymmetrischen Kriegführung. Destabilisierung eines Landes und einseitiger Einsatz aller Kommunikationskanäle gehören ins Arsenal russischer Militärdiplomatie. Wie Wladimir Putin die bittere Pille der

NATO-Osterweiterung verdaut, bleibe dahingestellt. Seine Haltung dem Westen gegenüber und sein militärisches Vorgehen mit den prorussischen Separatisten in der Ostukraine lassen den Schluss zu, dass er, besonders durch die NATO-Osterweiterung, Bedrohungen für die Sicherheit Russlands sieht, konkret durch die Einmischung in innere Angelegenheiten Russlands durch westliche Mächte und deren strategische Rüstungsprojekte im

«Nach dem Kalten Krieg erlebten wir eine Phase des lauen Friedens. Viele Zeichen deuten darauf hin, dass uns ein neuer Kalter oder Heisser Krieg bevorsteht.»

Weltraum sowie die Stationierung von Militärbasen in Osteuropa. Mit seiner neuen Militärdoktrin und seinem jüngsten Säbelrasseln will er sich aus der Isolation befreien und sendet damit klare Signale für einen neuen Kalten Krieg. Zu seiner Strategie gehört ja der Grundsatz «Geschützte statt Gespräche».

Europäische Armee ausserhalb der NATO

Mit einem militärischen EU-Hauptquartier in Brüssel soll nach Ideen einer internationalen Expertengruppe eine Europäische Armee geschaffen werden, welche eine intensive Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei der Entwicklung und beim Kauf von militärischem

Gerät und erhebliche Einsparungen bewirken würde. Nach einer neuen europäischen Sicherheitsstrategie soll eine politische und militärische Fähigkeit zur Durchführung autonomer Interventionsoperationen erreicht werden. Für die Vision einer europäischen Armee wirbt u. a. die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die Idee einer europäischen Armee richtet sich eindeutig gegen die hegemoniale Politik Russlands.

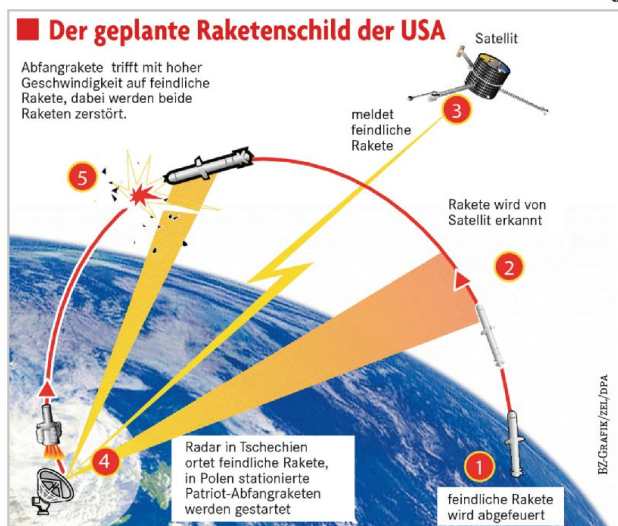
Schlussfolgerungen

Kritik an der NATO-Osterweiterung übt vor allem Russland, das diese Erweiterung mit ehemaligen WAPA-Staaten scharf verurteilt und als Vertragsbruch des Westens brandmarkt. Nach Meinung von Politikwissenschaftlern liefert die NATO-Osterweiterung die Ursache für den Ukraine Konflikt, weil Präsident Putin in der Ostausdehnung der NATO auch eine Verbindung zur EU-Erweiterung sieht und darin eine Provokation des Westens mit neuen NATO-Staaten an der Grenze zu Russland ortet. Aus westlicher Sicht ist die NATO-Osterweiterung eine logische Folge der Annäherung ehemaliger WAPA-Staaten,

die sich von der damaligen kommunistischen UdSSR lösen, an einen Westen, der ihnen ökonomisch, militärisch und menschenrechtlich mehr Perspektiven bietet. Aus der Sicht der neutralen Schweiz, die mit der NATO in der Euro-Atlantischen Partnerschaft (EAPC) verbunden ist, bedeutet der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des WAPA mit der NATO-Osterweiterung die Verabschiedung von einem Feindbild, in dem unsere Armeeführung den WAPA als den wahrscheinlichsten und gefährlichsten militärischen Gegner beurteilt.

Zugleich muss festgestellt werden, dass sich das nordatlantische Bündnis NATO seit seiner Gründung am 4. April 1949 grundlegend gewandelt hat. Wir erinnern uns an die Aussage des ersten Generalsekretärs Lord Ismay, der den Zweck der NATO umrissen hat mit den Worten: «To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.» Deutschland ist in der Zwischenzeit zu einer führenden politischen Macht aufgestiegen und im Rahmen der NATO zu einem unverzichtbaren Bündnispartner geworden, zumal nach der Wiedervereinigung auch das Potential der ehemaligen strammen WAPA-DDR-Armee in die NATO überführt wurde. ■

Der Raketenschutzschild stellt einen weiteren Dorn in den Augen Putins dar. Grafik: Badische Zeitung



Oberst aD
Gregor Roos
lic. phil. I
3360 Herzogenbuchsee